

„Wir reden zu viel über die Ränder“

Die Historikerin Christina Morina über die 1989er-Revolution, die ostdeutsche Demokratiekultur, und wie die AfD daraus Honig saugt.

Frau Morina, Sie haben laut Verlagsankündigung „eine fällige Antwort auf eine eingefahrene Ost-West-Debatte“ geschrieben. Was hat Sie so genervt?

Die gegenwärtigen Diskussionen, nicht nur über die ost-westdeutsche Geschichte vor 1989, sondern auch über die sogenannte ostdeutsche Lage nach 1989, und überhaupt die gesellschaftliche Auseinandersetzung damit sind für viele Menschen nur noch frustrierend. Man läuft auf ausgetretenen Pfaden, dreht sich im Kreis, es geht immer auf gleiche Weise um Abgrenzung, Gräben, Skandalisierung. Zugleich sind diese Fragen doch hoch relevant für vieles, was gegenwärtig in der Gesellschaft passiert.

Ausgetretene Pfade, Skandalisierung – gilt das auch für die viel diskutierten Bücher zum Thema, Dirk Oschmanns „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ und Katja Hoyers „Diesseits der Mauer“?

Beide Bücher sind für mich – bei allem Respekt für die Arbeit, die dahintersteckt – Teil des Problems. Sie sind so angelegt, dass sie diese eingefahrenen Debatten nicht wirklich verändern, sondern eher verstetigen oder sogar noch vertiefen. Bei Dirk Oschmann ist das ja auch erklärtes Kalkül, an den Gräben, die man doch eigentlich so verwerflich findet, weiter zu graben, in einer Pose der vermeintlichen Gegenwehr. Beide schreiben jedoch das Problem fort, gegen das sie sich wenden, und sie profitieren davon.

Woran krankt die Ost-West-Debatte?

Es fehlt an integrierten Blicken auf die jüngere Geschichte. Wir haben Fortschritte gemacht, die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte der 50er-, 60er- und 70er-Jahre zusammenzuschreiben. Doch die Zeitgeschichte ab 1990 ist stark überlagert von Frustration und Ärger über die Kosten der Einheit in jeder Hinsicht. Es fehlt nicht an starken Positionen und Thesen, aber an weiterführenden Fragen, die es erlauben, die Themen west-östlich integriert zu betrachten. Welche Rolle der Herbst 1989 für die gesamtdeutsche Demokratiegeschichte gespielt hat, ist eigentlich eine so naheliegende Frage, sie wurde aber bislang kaum ernsthaft untersucht. Bundespräsident Steinmeier feiert in seinen Reden 1989 zu Recht als Sternstunde der deutschen Demokratiegeschichte. Zugleich sprechen wir, wann immer es um die politische Lage „im Osten“ geht, über die Gefährdung der Demokratie. Das ist ja ein riesiger Widerspruch. Ich wollte deshalb wissen: Welche Rolle spielt 1989 eigentlich genau in der deutschen Demokratiegeschichte, und was hat das mit heute zu tun?

Zu welcher Erkenntnis sind Sie gekommen?

Bisher hat sich die Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Geschichte vor 1989 auf ihre Beschreibung als Diktatur konzentriert. Die DDR war aber nicht nur eine Diktaturgeschichte. Der Demokratiebegriff hat in der DDR nicht nur eine rein propagandistische Rolle gespielt, sondern er war eine wirkmächtige Formel. Dahinter steckte ein Anspruch, der durchaus vergleichbar war mit dem Demokratieanspruch in der Bundesrepublik, nämlich aus dem Nationalsozialismus Lehren zu ziehen und eine bessere, eben demokratische Ordnung aufzubauen. Die Breite der ostdeutschen Gesellschaft, über die viel zu wenig gesprochen wird, hat diesen Anspruch geteilt und auf vielfältige Weise versucht, ihm gerecht zu werden.

Und das wirkt bis heute nach?

Diese weitere gesellschaftliche Perspektive auf Revolution und Einheit fehlt bislang. Wir verstehen die Geschichte aber besser, wenn wir anerkennen, dass

es nicht nur eine westdeutsche Demokratiegeschichte gab, zu der die Ostdeutschen 1990 unvermittelt dazukamen. Es gab vor 1989 auch eine sehr eigenständige ostdeutsche Demokratieanspruchsgeschichte, ein sich ewig Abarbeiten am Versprechen der Demokratie, das auf komplizierte Weise bis heute nachwirkt. Teilweise macht das auch erklärbar, warum der „volksdemokratisch“ und „bürgerbewegt“ daherkommende Rechtspopulismus in Ostdeutschland so viel mehr Resonanz findet.

1990 nun kommen diese beiden Demokratiegeschichten zusammen. Mit welchen Folgen?

In der DDR entwickelte sich vor dem Mauerfall eine innerostdeutsche Öffentlichkeit, die wir bisher zu wenig im Blick hatten. Ich meine damit nicht nur die Opposition, sondern die vielen Einzelbürger und Gruppen, die den Staat nicht abschaffen, sondern verändern und einen „wirklich“ demokratischen Sozialismus schaffen wollten. Diese Ideen waren unglaublich vielfältig, kreativ und zum Teil auch problematisch, etwa mit Blick auf die dabei verhandelten Volksvorstellungen. Das alles fließt 1990 in eine bewährte Ordnung ein, für die sich die Ostdeutschen sehr bewusst und in großer Mehrheit entschieden haben – und die sie im Übrigen mehrheitlich nie infrage gestellt haben. Wir diskutieren leider zu viel über die Ränder, denn auch im Osten stimmen bis heute die meisten Menschen der repräsentativen Demokratie als Ordnung zu und schätzen sie. Als jetzt in Seelow in Brandenburg eben nicht der AfD-Kandidat zum Bürgermeister gewählt wurde, sondern fast 70 Prozent für den parteilosen Kandidaten stimmten, war das leider keine Titelgeschichte, sondern nur eine Meldung.

Inwiefern ist die Demokratie im Westen eine andere als die, die sich Ostdeutsche vorgestellt haben?

Die bundesrepublikanische Ordnung ist eine ganz andere als die im Osten vielmäßig verhandelte Demokratie. Das bürgerbewegte, basis- und direktdemokratische Element, das als Antwort auf das scheindemokratische Gerede der SED tief in der DDR-Geschichte wurzelt, das reibt sich sehr mit der parlamentarischen Parteiendemokratie, die sich gleichwohl als bislang beste Ordnung bewährt hat. Die große Frage lautet: Wie gut war und ist diese Ordnung in der Lage, die neu hinzukommende und gewachsene Demokratiekultur Ost aufzunehmen? Offenbar war sie das bislang zu wenig. Und in diese Lücke stößt die AfD mit ihren direkt- und basisdemokratischen Parolen hinein.

Waren die Ideen der Bürgerbewegung nicht schon mit der Volkskammerwahl 1990 tot? Das Bündnis 90 bekam nur 2,9 Prozent der Stimmen.

Das würde ich so nicht sagen. Gerade die basisdemokratischen Elemente haben eine ganze Reihe von ostdeutschen Politikern geprägt, die nach 1990 in vielen Parteien weiter tätig waren und sind. Angela Merkel und Joachim Gauck sind also keineswegs Ausnahmen. Und da stellt sich schon die Frage, warum es dennoch diese mangelnde Integration ostdeutscher Erfahrungen gibt.

Gerade Merkel ist doch nie explizit auf ihre Herkunft eingegangen, abgesehen von ihrer bemerkenswerten Rede 2011 zum Tag der Deutschen Einheit in Halle. Sie blieb Kanzlerin, weil sie vor allem die Mehrheit der Westdeutschen gewann.

Einerseits ja. Kohl wollte ja auch nicht Kanzler der Pfälzer sein. Aber ich frage mich schon, warum gerade sie – und auch Gauck – ihre Herkunft und intime kulturelle Kenntnis des Ostens angesichts der immensen Herausforderungen der Einheit nicht stärker genutzt und in



Der Blick nach drüben, oft verengt: Berlin im Dezember 1989

Foto Christoph Puschner/Zeitspiegel/Agentur Focus

ihre politische Arbeit einbezogen haben. Dass das nicht geschehen ist, ist ein Versäumnis, und zwar aller Kanzler seit 1990. Man sollte nicht immer nur „die Westdeutschen“ verantwortlich machen, sondern muss auch nach der spezifischen Verantwortung ostdeutscher Politiker fragen.

In den Neunzigern war die PDS für viele, die mit dem System Bundesrepublik fremdelten, äußerst attraktiv. Inzwischen ist die PDS als Linke quasi Teil des Establishments. Hat die AfD ihre Rolle übernommen?

Teils sind es sicher Trotz, Unsicherheit, aber auch eine Selbstinfantilisierung, wenn man schaut, was die AfD verspricht und wirklich leistet. Sie behauptet heute als einzige Partei, die volks- und direktdemokratischen Ideen des Umbruchs zu vertreten. Darin sehe ich einen wichtigen Grund für ihre besonderen Zustimmungswerte im Osten. Die Basis der AfD-Wähler wählt die Partei auch, weil sie völkisch, nationalistisch, rassistisch ist, nicht trotz ihrer Positionen. Aber mir geht es um die zehn, 15 Prozentpunkte, die speziell im Osten dazukommen. Die wählen AfD, weil sie vorgibt, „alternative“ Demokratie-Ideen wieder aufzugreifen und endlich die „wahre“ Demokratie zu schaffen, für die man doch 1989 auf die Straße gegangen sei. Zugleich erzählt man den Leuten, dass sie keine Bürger zweiter, sondern Deutsche erster Klasse seien, weil der Osten von der großen 1968er-Liberalisierungsbewegung verschont geblieben ist und hier deshalb das purere Deutschland zu finden sei. Das ist ein Aufwertungsdiskurs, der gerade bei Menschen verhängt, die sich abgewertet fühlen.

Warum gehen mehr Ost- als Westdeutsche gerade in Bezug auf die Geschichte unkritisch mit der AfD um?

Das ist auch ein Erbe des DDR-Antifaschismus. Der „sozialistische Patriotismus“ der SED ist nicht weit weg vom „solidarischen Patriotismus“ des westdeutschen Geschichtslehrers Björn Höcke. Wir wissen aus der Forschung, dass der Nationalismus in der DDR unterhalb des propagierten Internationalismus trefflich blühte. Das „bessere Deutschland“ war die Parole, und die DDR bezeichnete sich seit 1968 als „Sozialistische Republik deutscher Nation“. Zudem hat es in der Bundesrepublik eine langwierige Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen gesellschaftlichen Grundlagen gegeben. Die meisten haben dort gelernt, dass der Nationalsozialismus etwas war, das die Bevölkerung in weiten Teilen wollte und aktiv gestützt hat. Das ist im Westen in einer Weise aufgearbeitet worden, wie es in der DDR nie passiert ist. Auch deshalb können CDU-Vertreter in Sachsen-Anhalt, ohne es anstößig zu finden, fordern,

das „Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen“.

Sie selbst leben seit Langem im Westen. Werden Sie oft gebeten, die Lage im Osten zu erklären?

Ich lebe und arbeite schon so lange im Westen, dass viele überrascht sind, wenn sie hören, dass ich in Frankfurt an der Oder geboren bin. Ich habe noch viele Bindungen dorthin und zugleich das Bewusstsein, dass auch mein Weggehen natürlich irgendwie mit den Schwierigkeiten in Ostdeutschland seit 1990 zusammenhängen könnte. Ich erlebe im Westen ab und an herabwürdigende Bemerkungen über den Osten. Häufiger höre ich aber: Ich versteh das alles nicht, der Osten ist mir ein Rätsel. Aber dann spricht man eine Weile und stellt fest: Es gibt großes Interesse, viel Neugier, Lernbereitschaft.

Hat der Osten trotz allem die Bundesrepublik verändert?

Ja, selbstverständlich. Zum Guten wie zum Schlechten. Die Bundesrepublik ist vielfältiger, weltoffener, moderner, aber auch widersprüchlicher geworden. Das ist ja ein Kennzeichen heutiger Gesellschaften. Wir sollten aufhören, Ost und West gegeneinanderzustellen. Ja, es gibt eine besondere ostdeutsche politische Kulturgeschichte, aber es gibt längst einen gesamtdeutschen, zunehmend migrantisch geprägten Erfahrungsraum. Das alles wird zu wenig beachtet, weil viele von der Zuspitzung zwischen Ost und West sehr gut leben.

Die Fragen stellte Stefan Locke.

Christina Morinas Buch „Jausend Aufbrüche: Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren“ erscheint am 27. September im Siedler Verlag. 400 S., geb., 28,- Euro.



Christina Morina, geboren 1976 in Frankfurt (Oder), ist Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Uni Bielefeld.

Foto Siedler Verlag

ANZEIGE

5 Tage live aus Berlin Die Zukunftswoche

In der Zukunftswoche blicken wir mit mehr als 25 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Gesellschaft, Medien und Kultur nach vorn: Sei live dabei, wenn sie sich in Podiumsdialogen darüber austauschen, wie wir unsere Zukunft gestalten können. Der Livestream ist von Montag bis Freitag immer ab 18 Uhr auf dem YouTube Kanal von dm-drogerie markt oder unter zeit.de/angebote/dm-zukunftswoche erreichbar.

Lust auf
Zukunft

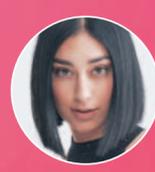
dm
50 Jahre



Reinhold Messner



Maria Furtwängler



Elif



Nelson Müller



Richard David Precht

Alle Talks im
Livestream

Mo. 25.9.

Das Ich im Wir

Im Dialog: Gabor Steingart mit Saskia Michalski, Verena Bentele, Stephan Grünewald und Christoph Kramer.

Di. 26.9.

Ökologische Zukunftsfähigkeit

Im Dialog: Dr. Eckart von Hirschhausen mit Louisa Dellert, Maria Furtwängler, Reinhold Messner, Prof. Dr. Ranga Yogeshwar und Anna Alex.

Mi. 27.9.

Kinder & Jugendliche

Im Dialog: Svenja Flaßpöhler mit Elif, Kira Geiss, Dr. Klaus Hurrelmann, Willi Weitzel und Richard David Precht.

Do. 28.9.

Neue Arbeitswelten

Im Dialog: Alev Doğan mit Ann-Katrin Schmitz, Barbara Wittmann, Christoph Magnussen und Prof. Dr. Yasmin Weiß.

Fr. 29.9.

Gesundheit

Im Dialog: Prof. Dr. Christiane Woopen, Tania Singer, Ingmar Hoerr, Nelson Müller, Alina Walbrun und Sophia Thiel.



Mehr Infos zu
den Talks unter:
dm.de/zukunftswoche



HIER BIN ICH MENSCH
HIER KAUF ICH EIN

L'ORÉAL PARIS | P&G | elmerx
Unsere Partner der Zukunftswoche